



Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Landesvorsitzender Peter Hammen, Schlossküchenweg 27, 98574 Schmalkalden, Fon:
03683/402048

**Thüringer Landtag
Innenausschuss
Jürgen –Fuchs-Straße 1
99096 Erfurt**

Fax: (0361) 37 72016

Stellungnahme der Bürgerallianz zum

Thüringer Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbau- und Abwasserbeiträge
(Änderungsgesetz zum Thüringer Kommunalabgabengesetz – ThürKAG)

Hier: Anhörungsverfahren gemäß Schreiben vom 5.10.2010 zum Gesetzentwurf der
Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE –Drucksache 5/1413-

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 30.04.2010 übergab die Bürgerallianz einen eigenen Vorschlag zur gesetzlichen Abschaffung der Zwangsbeiträge bei Abwasser und Straßenausbau an die im Landtag vertretenen Parteien und an die Landesregierung.

Wir, als Vertreter von über 100 Bürgerinitiativen, wollten nicht noch länger auf die Vorschläge der Landesregierung warten.

Es wurde mit der Infrastrukturabgabe nun ein Kompromiss gefunden, um alle Hindernisse zu überwinden, die von der Landesregierung immer wieder aufgebaut wurden,.

Der Vorschlag der Bürgerallianz resultiert aus der Befassung mit der Rechtslage seit vielen Jahren, den Hinweisen der Betroffenen, den erfolgten Anhörungen, den Gutachten von Rechtsgelehrten und dem bestehenden europäischen Recht.

Wir haben alles bedacht.

Die gesetzliche Abschaffung der strittigen Beiträge ist rechtlich möglich!

Die bisherigen Landesregierungen haben aber bisher aus finanziellen Gründen das bestehende Unrecht nicht beseitigt.

Lediglich die Trinkwasserbeiträge wurden 2004 abgeschafft.

Die Anwendung der vorgeschlagenen Infrastrukturabgabe (*eine Art wiederkehrender Beitrag für alle!*) bringt die Lösung für die finanzielle Notlage.

Rechtliche Bedenken gegen die Anwendung der Infrastrukturabgabe sehen wir deshalb nicht.

Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE machten aus unserem Gesetzesvorschlag einen ordentlichen gemeinsamen Gesetzentwurf, der nun zur Debatte steht.

Die Bürgerallianz steht voll hinter diesem Gesetzentwurf!

Das willkürlich angewandte komplizierte Beitragsrecht muss endlich gesetzlich beseitigt werden, es ist in mehrfacher Hinsicht Unrecht!

Besonders ist zu beachten:

Dieser Gesetzentwurf orientiert auf die völlige Abschaffung der Zwangsbeiträge, ohne dass zusätzliche Kosten für den Landeshaushalt entstehen.

Dieser Gesetzentwurf ist europatauglich und zukunftssicher.

Die Kommunale Selbstverwaltung wird gestärkt und Kostentransparenz wieder möglich.

Die vorgeschlagene Infrastrukturabgabe errechnet sich nach der einfachen Methodik der Grundsteuer A und B.

Es gilt das Prinzip: "Was alle nutzen können, müssen alle bezahlen, aber nur in kleinen Beträgen."

Die neue Infrastrukturabgabe erfordert im Durchschnitt (bei gleichem Investitionsniveau!) eine Zahlung von ca. 40,- € pro Grundstück und Jahr.

Diese Abgaben können als Nebenkosten abgerechnet werden.

Bereits bezahlte Zwangsbeiträge werden zurückerstattet bzw. verrechnet.

Fazit: Es gibt keine objektiven rechtlichen oder finanziellen Hindernisse für den Wegfall der Beiträge für Abwasser und Straßenausbau.

Dieser vorliegende Gesetzentwurf ist realisierbar.

Das Eckpunktepapier von Innenminister Huber dagegen bleibt sogar hinter den Mindestwartungen der Bürgerinitiativen zurück. Es beseitigt nicht das praktizierte Unrecht und stellt keinen Fortschritt dar! Die Änderungen werden nicht zu Rechtsfrieden in dieser sensiblen Angelegenheit führen.

Wir erhoffen von den Mitgliedern des Innenausschusses bei der Behandlung des Gesetzentwurfes ein Signal für Thüringen, welches den gemeinsamen politischen Willen zur Abschaffung der willkürlichen Zwangsbeiträge deutlich macht.

Es wäre ein wichtiger Beitrag für die Zukunft Thüringens, um beste Entwicklungsbedingungen zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Hammen

Landesvorsitzender der Bürgerallianz Thüringen e.V. , am 04.11.2010